Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/1935

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die

**115. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 19. Februar 1964**

**116. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Donnerstag, dem 20. Februar 1964**

**117. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Freitag, dem 21. Februar 1964**

I. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

I. 1. Abgeordneter **Ertl**

War der Bundesregierung bekannt, daß bei den im offiziellen Führer der IX. Olympischen Winterspiele veröffentlichten Weltrang- und Teilnehmerlisten die Bundesrepublik Deutschland (BRD) und die Deutsche Demokratische Republik (DDR) getrennt als Nation aufgeführt wurden, obwohl nur eine gesamtdeutsche Mannschaft am Start war?

I. 2. Abgeordneter **Priebe**

Trifft es zu, daß von allen Standorten des Bundesgrenzschutzes nur noch Bodenteich in der Ortsklasse B ist?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

II. 1. Abgeordneter **Dr. Müller-Hermann**

Treffen die Pressemitteilungen zu, daß im Bundesfinanzministerium bis zum 4./5. Februar 1964 noch die Meinung vertreten wurde, daß die Aussetzung eines Teiles des Rohkaffee-Zolls bei Einhaltung des normalen Gesetzesweges nicht vor dem 1. März erfolgen konnte?

II. 2. Abgeordneter **Dr. Müller-Hermann**

Ist das Bundesfinanzministerium deshalb wegen der überraschend früher durchgeführten Zollaussetzung bereit, auf die am 10. Februar vorhanden gewesenen, verzollten Rohkaffeebestände, die sich außerhalb der Zollaufschubläger befanden, die Zolldifferenz auch aus Billigkeitserwägungen zu erstatten?

III. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung

III. 1. Abgeordneter **Weigl**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Bundesmittel für Facharbeiter im Zonenrandgebiet den zuständigen Bewilligungsstellen immer erst im Herbst zur Verfügung stehen, so daß die Darlehensnehmer im darauffolgenden Frühjahr erst mit dem Bau beginnen können?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

III. 2. Abgeordneter **Weigl**

Ist die Bundesregierung bereit darauf hinzuwirken, daß Bundesmittel für Facharbeiter im Zonenrandgebiet wegen der Verteuerung auf dem Baumarkt künftig den Ländern schon im Frühjahr gegeben werden, damit Bundes- und Landesmittel zusammen bewilligt werden können?

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers für Familie und Jugend

Abgeordneter **Dr. Wuermeling *)**

Bestätigt der Herr Bundesfamilienminister die in der Fragestunde vom 6. Februar 1964 gemachte Aussage des Bundesfinanzministers, er befinde sich in den Grundgedanken des im Finanzbericht 1964 enthaltenen Abschnitts über die Familienleistungen „in Übereinstimmung mit den Auffassungen des Bundesfamilienministeriums"?

V. Geschäftsbereich des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung

Abgeordnete Frau Dr. Maxsein

Wie weit sind die Vorarbeiten zu dem Änderungsgesetz zum Atomgesetz gediehen, das nach Auskunft von Staatssekretär Dr. Cartellieri in der Fragestunde vom 6. März 1963 gleichzeitig mit dem Ratifikationsgesetz für das Übereinkommen über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie und dem Zusatzabkommen den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt werden sollte?

VI. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

VI. 1. Abgeordnete **Frau Dr. Flitz (Wilhelmshaven)**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um bei der personellen Besetzung der internationalen Organisationen durch Deutsche den unbefriedigenden Zustand zu beheben, der darin besteht, daß die personelle deutsche Beteiligung vielfach in keinem befriedigenden Verhältnis zu dem finanziellen Beitrag der Bundesrepublik steht?

VI. 2. Abgeordneter **Dr. Kohut *)**

Hält sich die Bundesregierung an den in der Sitzung des Deutschen Bundestages vom 1. Oktober 1958 einstimmig gefaßten und in der Sitzung vom 30. Juni 1961 erneuerten Beschluß, jede Verhandlung zu unterstützen, die einen Weg zur deutschen Wiedervereinigung eröffnet, gebunden oder teilt sie den von dem Abgeordneten Dr. Barzel in dem „Deutschland-Union-Dienst" vom 31. Januar 1964 eingenommenen Standpunkt, daß der Bundeskanz-

---

**) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

ler keinen Anlaß hat, die Kontinuität der deutschen Außenpolitik zu ändern, und daß es gilt, die angeblich vom deutschen Volk bestätigte bisherige Außenpolitik konsequent fortzuführen?

VI.	3. Abgeordneter **Dr. Kohut *)**	Hält die Bundesregierung den von dem Abgeordneten Freiherr zu Guttenberg in der Sitzung des Deutschen Bundestages vom 22. Januar 1964 vertretenen Standpunkt, daß jedwede Verhandlung über die deutsche Frage unterlassen werden muß, mit der sich aus der Beteiligung der Freien Demokratischen Partei an der Regierung ergebenden Verpflichtung für vereinbar, daß die Bundesregierung versuchen muß, die Initiative für die Deutschlandpolitik für sich und den Westen zu gewinnen und die Lösung der Deutschland- und Berlinfrage anzustreben?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

VII.	1. Abgeordneter **Metzger**	Ist der Bundesregierung die Schrift „Das Problem der Palästina-Flüchtlinge" bekannt, die vom „Informationsdienst Kairo, Vereinigte Arabische Republik" herausgegeben und in der Bundesrepublik verbreitet worden ist und in der u. a. zu lesen ist: „Die größten Geister der Menschheit haben immer wieder den unangenehmen Charakter des jüdischen Volkes erkannt und festgestellt. Die letzte große Judenverfolgung geschah unter dem Regime Hitlers, nachdem die zionistischen Organisationen planmäßig durch ihre politischen Marionetten, den Zionisten Winston Churchill und den Zionisten Franklin Delano Roosevelt, den zweiten Weltkrieg über Deutschland gebracht haben. Es ist eine beliebte zionistische Lüge, daß damals sechs oder gar mehr Millionen Juden von den Deutschen ausgerottet worden seien."?
VII.	2. Abgeordnete **Frau Dr. Diemer-Nicolaus**	Hält die Bundesregierung die bisherige gesetzliche Regelung über die vergleichende Werbung für ausreichend?
VII.	3. Abgeordnete **Frau Dr. Maxsein**	Bis wann kann mit dem Abschluß des Ratifikationsverfahrens für das Internationale Abkommen über den Schutz der ausübenden Künstler, der Hersteller von Tonträgern und der Sendeunternehmen, das von der Bundesregierung im Oktober 1961 unterzeichnet wurde, gerechnet werden?

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

VIII. 1. Abgeordneter **Baier (Mosbach)**

Hält es die Bundesregierung mit dem deutsch-österreichischen Sozialversicherungsabkommen für vereinbar, daß der österreichische Versicherungsträger bei Renten an deutsche Staatsbürger, die in der Bundesrepublik wohnhaft sind, einen Lohnsteuerabzug vornimmt?

VIII. 2. Abgeordneter **Baier (Mosbach)**

Was wird die Bundesregierung unternehmen, damit die in Frage VIII/1 erwähnten, bereits zu Unrecht einbehaltenen Lohnsteuerabzüge ausgezahlt werden und in Zukunft keine weiteren Abzüge erfolgen?

VIII. 3. Abgeordneter **Dröscher**

Trifft es zu, daß die Witwe eines landwirtschaftlichen Unternehmers die bäuerliche Altershilfe mit dem sechzigsten Lebensjahr erhält, während eine unverheiratete Bäuerin, die den Betrieb über Jahrzehnte allein und selbständig geführt hat, die Altershilfe erst mit Vollendung des fünfundsechzigsten Lebensjahres erhalten kann?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

IX. 1. Abgeordneter **Lemmrich**

Liegen der Bundesregierung konkrete Zählergebnisse über die Benutzung der Bundesautobahnen und Bundesstraßen durch Lastzüge dritter Staaten vor?

IX. 2. Abgeordneter **Ertl**

Bis wann wird die Inntal-Autobahn zweispurig fertiggestellt?

IX. 3. Abgeordneter **Biechele**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Deutsche Bundesbahn die Bahnstrecke Pfullendorf-Altshausen nur mehr für den Güterverkehr benutzbar machen will, so daß befürchtet werden muß, daß im Zuge dieses Abbaus diese Strecke überhaupt stillgelegt werden soll?

IX. 4. Abgeordneter **Biechele**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Pfullendorf als Zentralort und das Gebiet um Pfullendorf als Notstandsgebiet durch Sondermaßnahmen des Landes Baden-Württemberg mit großem Erfolg gefördert wurden und weiterhin gefördert werden, jetzt aber befürchtet werden muß, daß durch die in Frage IX/3 geschilderten Maßnahmen der Deutschen Bundesbahn die erfreuliche Aufwärtsentwicklung dieses Gebiets gefährdet wird?

IX. 5. Abgeordneter **Biechele**

Kann die Bundesregierung den in Frage IX/3 geschilderten Maßnahmen der Deutschen Bundesbahn zustimmen, wenn man die verteidigungspolitische Bedeutung von Schienenwegen — vgl. Erfahrungen der letzten NATO-

Manöver — für Transporte aller Art berücksichtigt, die gerade für einen Garnisonsort wie Pfullendorf (Standort des AR 10) von besonderer Bedeutung sind?

IX. 6. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die vorgesehene Zuweisung von nur 3 Mio DM für Aus- und Verbesserungsarbeiten an Bundesstraßen im Regierungsbezirk Schwaben für das Jahr 1964 im Widerspruch zu dem durch den Bundesverkehrsminister anerkannten besonderen Nachholbedarf in diesem Raume steht?

IX. 7. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die derzeitige Aufteilung der Straßenmittel nach Mitteln für Autobahnen und für Bundesstraßen vor der Zuweisung an die Länder zu ungleichen Verteilerquoten führt?

IX. 8. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

In welcher Höhe sind Bundesmittel zum Straßenneu- und -ausbau seit 1949 an das Land Bayern, das Land Niedersachsen und das Land Nordrhein-Westfalen geflossen?

IX. 9. Abgeordneter **Josten**

Warum unterblieb der Bau der Umgehungsstraße der B 9 bei Sinzig trotz mehrfacher Zusage der Bundesregierung?

IX. 10. Abgeordneter **Josten**

Wann kann die Bevölkerung der Stadt Sinzig mit dem Bau der dringend notwendigen Umgehungsstraße der B 9 rechnen?

IX. 11. Abgeordneter **Fritsch**

Ist die Bundesregierung bereit, in Anbetracht der verkehrsmäßigen Dringlichkeit und der von der Stadt Deggendorf bereits bereitgestellten Mittel den Ausbau der Ortsdurchfahrt in Deggendorf in diesem Jahre vorzunehmen?

IX. 12. Abgeordnete **Frau Dr. Flitz (Wilhelmshaven)**

Wie erklärt sich das Fehlen von Abteilen 1. Klasse in Triebwagen der Deutschen Bundesbahn auf Hauptstrecken?

IX. 13. Abgeordnete **Frau Dr. Flitz (Wilhelmshaven)**

Welche Gründe haben dafür gesprochen, daß im Monat April kein Autozug von Hamburg nach München verkehren soll?

IX. 14. Abgeordneter **Dr. Müller-Hermann**

Kann die Bundesregierung eine Zusage geben, daß sie auf den Vorstand der Deutschen Lufthansa AG einwirken wird, bei der langfristigen Beschaffungspolitik der Lufthansa eine Beteiligung der deutschen Luftfahrtindustrie — gegebenenfalls im Rahmen einer europäischen Gemeinschaftsproduktion — ins Auge zu fassen?

IX. 15.	Abgeordneter **Dr. Mommer**	Werden nach den schweren Verkehrsunfällen mit drei Toten auf der Bundesstraße 27 zwischen Ludwigsburg und Kornwestheim nun endlich die Leitplanken auf dem Mittelstreifen eingebaut?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

X. 1.	Abgeordneter **Dr. Bechert**	Welche Folgerungen gedenkt die Bundesregierung aus der wissenschaftlich erwiesenen Tatsache zu ziehen, daß aus paraffingetränkten Verpackungen krebserzeugende Stoffe — wie Benzpyren — in die so verpackten Lebensmittel, z.B. Milch, eindringen?
X. 2.	Abgeordneter **Dr. Bechert**	Wie weit sind die Vorbereitungen für ein Garantiezeichen gediehen, welches dem Verbraucher anzeigt, daß ein aus Kunststoff ganz oder teilweise bestehender Bedarfsgegenstand als gesundheitlich unbedenklich angesehen werden kann?
X. 3.	Abgeordneter **Dr. Bechert**	Wann wird die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorlegen, welcher der wachsenden Gefahr von Salmonellen-Infektionen durch Geflügel, Eier und Eiprodukte Rechnung trägt, etwa durch die zwingende Vorschrift einer tierärztlichen Kontrolle von Schlachtgeflügel und Eiern?
X. 4.	Abgeordneter **Dröscher**	Glaubt die Bundesregierung an der Siebenten Verordnung zur Ausführung des Weingesetzes vom 17. Januar 1958, wonach das Alkohol-Restzucker-Verhältnis auf 4 : 1 beschränkt ist, auch weiterhin festhalten zu müssen, obwohl angesichts der Geschmacksentwicklung bei den deutschen Weinverbrauchern und der auf den deutschen Markt gelangenden ausländischen Weine diese Bestimmung vom deutschen Weinbau als benachteiligend empfunden werden muß?

Bonn, den 14. Februar 1964